

Diese EU wählt bald ihr neues Parlament

Auf einen Blick Die 28 Länder der Europäischen Union und ihre Ausgangslage für den 25. Mai

Irland

Irland ist wieder zurück: Infolge der Bankenkrise musste die Grüne Insel unter den Euro-Rettungsschirm flüchten und fast 80 Milliarden in Anspruch nehmen. Inzwischen steht man wieder auf eigenen Füßen. Wirtschaftlich lockt Irland mit Niedrigsteuersätzen vor allem US-Konzerne wie Apple und Co. an. Die konservative Regierung gibt sich in Brüssel strikt europäorientiert. In Steuerfragen spielt man allerdings immer eine eigene Rolle. Dublin drängt die EU massiv, schärfere Regelungen gegen Zuwanderung zu erlassen.

Großbritannien

Großbritannien scheint auf dem Absprung aus der EU zu sein. Sollte Premier David Cameron bei der nächsten Wahl erneut siegen, hat er für 2017 ein Referendum über den Verbleib in der Union angekündigt. Wirtschaftlich setzt das Vereinigte Königreich wieder vermehrt auf industrielle Produktion und bemüht sich, nicht nur von Dienstleistungen und der Finanzwirtschaft zu leben. Der konservative Premier gilt in der EU als Bremser und will Brüssel entmachten.

Niederlande

Die Niederlande gehen durch ein tiefes Tal. Um die Staatsverschuldung zu senken, hat die Regierung massive Kürzungen im Sozialbereich beschlossen. Politisch sucht das Land in nahezu allen Fragen den engen Schulterschluss mit Deutschland. Gegenüber den verschuldeten Partnern im Süden drängt die rechtskonservative Regierung auf strikte Einhaltung der Auflagen. In der EU gehören die Niederlande zu den Befürwortern eines engeren Zusammenschlusses, um neue Krisen zu vermeiden.

Belgien

Belgien wählt am Tag der Europawahl eine neue Regierung – das ist in dem fast schon geteilten Land immer ein schwieriges Unterfangen. Beim letzten Mal gab es 544 Tage keine politische Spitze. Nach heftigen Sparanstrengungen liegt Belgien inzwischen auf einem stabilen Finanzkurs. Die sozialistische Regierung hat viele Anstrengungen unternommen, um verkrustete Strukturen in Staat, Verwaltung und Sozialsystem aufzubrechen. In der EU gehört Brüssel zu den Ländern, die sich für schärfere Einwanderungsbestimmungen einsetzen.

Luxemburg

Das Großherzogtum darf sich mit einer Kaufkraft von 253 Prozent des EU-Durchschnitts als reichstes Land der EU fühlen (Deutschland: 116 Prozent, Zahlen von 2009). Das zweitkleinste EU-Mitglied ist vor allem wegen seiner vielen Banken und als Steuerparadies beliebt. Doch damit ist es 2015 vorbei. In der EU gehört Luxemburg zu den Gründungsmitgliedern, der langjährige Premierminister Jean-Claude Juncker hat praktisch alle großen EU-Entscheidungen mitgeprägt.

Frankreich

Frankreich gehört zu den Sorgenkindern der Union. Wachsende Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Verschuldung bei gleichzeitig fehlenden Reformen kratzen am Image des engsten Verbündeten Deutschlands. Paris tritt in der EU gern als Fürsprecher der kleinen Partner im Süden auf, für die man mehr finanziellen Spielraum fordert, um das Wachstum anzukurbeln. Umbauten des Sozialsystems werden immer wieder durch massive Demonstrationen bekämpft.

Die EU in Stichworten

Einwohnerzahl: 503,7 Millionen
Amtssprachen: 24
Staatsform: Staatenverbund
Hymne: Ode an die Freude (Beethoven)
Flagge: Zwölf goldene Sterne im Kreis auf blauem Grund (Die Zwölf gilt als die Zahl für Vollendung)
Feiertag: 9. Mai (Europatag)
Währung: Euro in 17 Mitgliedstaaten
Fläche: 4 284 730 Quadratkilometer
Bruttoinlandsprodukt:

25 000 Euro pro Jahr pro Kopf
Durchschnittseinkommen (2010): 2320 Euro (Männer: 2570 Euro, Frauen 2050 Euro)
Anzahl der Facebook-Nutzer: 193 Millionen
Arbeitslosenquote: 10,5 Prozent
Anzahl der Hochschulabsolventen 2011: vier Millionen
Bevölkerung über 65 Jahre: 17,8 Millionen
Bevölkerung unter 25 Jahre:

27,3 Millionen
Lebenserwartung der Männer: 77,4 Jahre
Lebenserwartung der Frauen: 83,2 Jahre
Sitz der Organe: Europäischer Rat: Brüssel; Europäisches Parlament: Straßburg; Europäische Kommission: Brüssel; Europäischer Gerichtshof: Luxemburg; Europäischer Rechnungshof: Luxemburg; Europäische Zentralbank: Frankfurt am Main

Dänemark

Dänemark hat nach der – letztlich geplatzen – Wiedereinführung der Grenzkontrollen seinen Platz in der EU gefunden. Die sozialdemokratische Regierung gehört allerdings zu den Antreibern, wenn es um die Begrenzung der Zuwanderung geht. Das Land ist nicht Mitglied der Euro-Zone, will aber nach der Krise ein Referendum abhalten. Zu den Gegenspielern jeder Regierung gehört die EU-kritische Volkspartei, die immer wieder mit ausländerefeindlichen Initiativen von sich reden macht.

Deutschland

Deutschland ist die klare Nummer eins dieser EU. Als Konjunktur-Lokomotive zieht es andere Wirtschaften nach sich. Politisch gibt die Bundesregierung – zusammen mit Frankreich, Großbritannien und Polen – den Ton an. Seit der Finanzkrise drängt die Bundesrepublik auf ein größeres Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten, um Ausreißer frühzeitig einzufangen. Bei der Rettung der überschuldeten Länder spielte Deutschland die wichtigste Rolle und trägt auch mit rund 27 Prozent die größte Last bei den Rettungsschirmen.

Schweden

Schweden gehört ebenfalls nicht der Euro-Zone an und will es vorerst auch dabei belassen. Anders als seine skandinavischen Nachbarn setzt das Land in jüngster Zeit wieder verstärkt auf industrielle Produktion. Die konservative Regierung tritt in Brüssel an der Seite Deutschlands auf, man fordert strikte Reformen und mehr Zusammenhalt in der EU, um Krisen dauerhaft zu vermeiden. Zu den großen innenpolitischen Themen gehört die Abschottung gegen illegale Zuwanderer und Arbeitsmigranten.

Estland

Estland genießt seine Rolle als europäisches Wunderkind. 2009 steckte der baltische Staat tiefer in der Krise als heute Griechenland, schaffte es aber aus eigener Kraft, sich wieder zu sanieren, sodass man auch den Euro einführen konnte. Inzwischen gehört Estland zu den strikten Befürwortern strenger Auflagen für Schuldenstaaten. Das Land hat große Befürchtungen, zum Opfer russischer Sanktionen gegen die EU zu werden, weil es zu 100 Prozent vom Gas des Nachbarn abhängig ist.

Letland

Letland ist das jüngste Mitglied der Euro-Familie. Der baltische Staat, der übrigens ebenfalls von einer Frau regiert wird, hat seit dem Beitritt zur EU 2004 eine rasante Entwicklung genommen. Die Zuwachsraten lagen über viele Jahre deutlich über 6 Prozent. Sorge bereitet den Letten allerdings die hohe Abhängigkeit von russischen Energielieferungen. Inzwischen hat die EU Letland und den beiden baltischen Nachbarn zugesagt, notfalls mit Gas und Öl auszuheilen.

Rumänien

Rumänien steht – ebenso wie der Nachbar Bulgarien – weiter unter verschärfter Beobachtung Brüssels. Kritik gibt es an der mangelnden Unabhängigkeit der Justiz, an fehlender Effizienz bei der Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. Mehrere Anläufe zur Aufnahme in die Reisefreiheit des Schengen-Raums wurden von den EU-Innenministern zurückgewiesen. Bukarest musste sich wiederholt Vorwürfe wegen seiner ausgrenzenden Politik gegenüber den Roma gefallen lassen.

Ungarn

Ungarn hat sein ökonomisches Tief weitgehend überwunden. Dennoch gilt das Land als wirtschaftlich nicht stabil, weil die besseren Zahlen vor allem durch Investitionsprogramme der nationalkonservativen Regierung zustande kommen. Mehrfach musste sich Ministerpräsident Orbán in Brüssel wegen diverser Gesetze verteidigen, die als nicht EU-konform galten. Derzeit bemüht sich Budapest um mehr Annäherung an Brüssel, weil man fürchtet, Opfer einer russischen Politik mit dem Gashahn zu werden.

Österreich

Österreich hat vom Beitritt zur EU massiv profitiert. Das Bruttoinlandsprodukt schnellte um knapp zehn Prozent in die Höhe – für das Land, das vor allem vom Tourismus lebt, ein wichtiges Signal. Die sozialistische Bundesregierung spielt in Brüssel eine wichtige Rolle, vor allem weil sie in fast allen wichtigen Fragen an der Seite Deutschlands steht. Wien hat die Aufnahme Kroatiens massiv unterstützt. In Sachen Euro und Zuwanderung gehört Österreich zu den eher strikteren Mitgliedern.

Kroatien

Kroatien steht als jüngstes Mitglied (das Land trat erst Mitte 2013 bei) noch auf unsicheren Füßen. Wirtschaftlich gibt es zahlreiche Probleme, innenpolitisch müssen die noch vorhandenen Gräben des Jugoslawien-Krieges überwunden werden. Inzwischen bemüht man sich in Zagreb, den Tourismus noch stärker als Einnahmequelle anzukurbeln. Obwohl erst so kurz Mitglied, musste Brüssel mehrere Male die Regierung zur Ordnung rufen, weil Gesetze nicht EU-konform waren.

Malta

Die Mittelmeerinsel ist der kleinste Mitgliedstaat der EU. Im Wesentlichen leben die Menschen vom Tourismus, in zwischen siedeln sich auch vermehrt Dienstleister dort an. Doch Malta macht zunehmend negativ von sich reden, weil die Regierung von der EU endlich straffe Maßnahmen gegen die Flüchtlinge fordert, die über das Mittelmeer kommen. Mehrfach mussten Aufnahmelager wegen Überfüllung geschlossen werden. In der EU spielt Malta ansonsten eher eine Nebenrolle.

Italien

Italien sieht sich auf einem guten Weg aus der Krise heraus. Vor allem das Bankensystem war in heftige Turbulenzen geraten. Der Staat ist mit mehr als 2 Billionen Euro verschuldet. Der neue konservative Regierungschef hat massive Reformen und einen tiefgreifenden Umbau des Sozialsystems angekündigt – und dafür heftige Demonstrationen geerntet. In der EU drängt Rom derzeit vor allem auf schärfere Regeln zur Abwehr von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer kommen. Neuerdings gehört Italien wieder zu den engeren Verbündeten Deutschlands.

Griechenland

Griechenland ist das Sorgenkind Nummer eins der Union. Nach zwei Rettungspaketen kommen die Reformen meist nur unter Druck zustande. Allerdings überraschte die Große Koalition in Athen vor wenigen Tagen mit einem ersten Gang an den Kapitalmarkt. Größtes Problem sind verkrustete Strukturen in der Verwaltung und das lückenhafte Eintreiben von Steuern. Außerdem braucht das Land massive Investitionen in seine Tourismusbranche. In der EU tritt Griechenland inzwischen eher zahm auf, um Geldgeber nicht zu verprellen.

Zypern

Die geteilte Mittelmeerinsel (nur der Südtteil gehört zur EU) ist auf dem besten Wege, die Finanzkrise zu überwinden. Im März 2013 musste das Land mit 10 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds aufgefunden werden. Inzwischen arbeitet die konservative Regierung mit der Troika eng zusammen. Das bisherige Geschäftsmodell, eine Art Geldwaschanlage für russische Oligarchen zu sein, hat man beendet. Die Insel präsentiert sich derzeit als „braves“ EU-Mitglied und will Ende des Jahres finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen.

Rund 400 Millionen Bürger in den 28 Staaten der Europäischen Union sind aufgerufen, ihre Stimme abzugeben – so viele wie noch nie. Die größte Erweiterungswelle der EU liegt ziemlich genau zehn Jahre zurück. Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei. Am 1. Januar 2007 folgten dann noch Bulgarien und Rumänien, die beiden ärmsten Länder der EU, am 1. Juli 2013 kam Kroatien hinzu. Hier weitere Zahlen und Fakten zu Europa und zur achten Europawahl seit 1979:

Wie und wann wird gewählt?

Alle fünf Jahre wird das EU-Parlament gewählt, diesmal vom 22. bis 25. Mai. Großbritannien und die Niederlande wählen bereits am 22. Mai, andere an den folgenden drei Tagen. Deutschland wählt wie die meisten anderen EU-Staaten am 25. Mai. Jeder Wahlberechtigte hat dabei eine Stimme, mit der er eine Partei oder politische Vereinigung wählen kann. In Deutschland benötigt eine Partei 3 Prozent der Stimmen, um ins EU-Parlament zu kommen.

Wie groß wird das neue EU-Parlament?

Das neue Parlament wird 751 Abgeordnete haben, derzeit sind es (nach dem Beitritt Kroatiens) 766. Das EU-Parlament ist damit das größte multinationale Parlament der Welt. Mit 96 Abgeordneten stellt Deutschland die meisten Parlamentarier aller Mitgliedsstaaten. In der EU gehören die Niederlande zu den Befürwortern eines engeren Zusammenschlusses, um neue Krisen zu vermeiden.

Serie

Europa vor der Wahl



Detlef Drewes ist unser Korrespondent in Brüssel. In diesem Teil der Serie wirft er einen Blick auf alle 28 EU-Staaten, in denen rund 400 Millionen Wahlberechtigte zur Wahl des EU-Parlaments aufgerufen sind.

Alle Teile unter www.kurz.de/europawahl

Portugal

Portugal musste auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise unter den Rettungsschirm flüchten, will aber ab Mitte des Jahres wieder auf eigenen Beinen stehen. Ein überholtes Sozialsystem sowie verkrustete Strukturen der Wirtschaft sorgen für hohe Arbeitslosigkeit. Die liberal-konservative Regierung hat in Brüssel jedoch zugesagt, das Land behutsam umzubauen. Die Unternehmen müssen mangels Kaufkraft exportieren. Bevorzugte Partner sind nordafrikanische Staaten.

Spanien

Spanien kommt aus der Rolle des Sorgenkindes nicht heraus. Die Arbeitslosigkeit erreicht immer noch Spitzenwerte von mehr als 20 Prozent, in einigen Regionen hat jeder zweite junge Mensch keine Arbeit. Trotzdem setzt die konservative Regierung ihre Reformpolitik fort. Das Bankensystem musste zwischenzeitlich mit 40 Milliarden gestützt werden. In der EU kämpft Madrid mit dem Ruf, zwar viele Milliarden an Fördermitteln zu bekommen, diese aber nicht wirksam einzusetzen.

schlingt 200 Millionen Euro im Jahr, beklagen Kritiker.

Wie wichtig ist das Parlament für die Politik der 28 EU-Länder?

Das Parlament hat wichtige Kompetenzen in der EU-Gesetzgebung. Es muss dem jährlichen EU-Haushalt zustimmen. Auch der mehrjährige Finanzrahmen muss von den Abgeordneten gebilligt werden. Seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages 2009 hat sich die Machtbalance weiter zugunsten des Europäischen Parlaments verschoben, weil die Parlamentarier inzwischen für alle Politikbereiche mitzuständig sind. Sie haben lediglich – im Unterschied zu allen nationalen Volksvertretungen – keine Regierung vor sich, die man unterstützen oder gegen die man opponieren kann.

Warum gibt es diesmal Spitzenkandidaten?

Vom Wahlergebnis wird erstmals auch abhängen, wer Präsident der EU-Kommission wird. Nötig ist die absolute Mehrheit der Stimmen im Europaparlament, also 376. Die Entscheidung fällt wohl zwischen dem deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz, der als Spitzenkandidat für Europas Sozialdemokraten antritt, und Luxemburgs früherem Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker, dem Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP), in deren Fraktion sich christlich-demokratische und liberal-konservative Parteien aus 27 Ländern zusammengeschlossen haben. Damit können die rund 390 Millionen Wahlberechtigten in den 28 Mitgliedstaaten zum ersten Mal Einfluss auf die Besetzung der beiden höchsten Ämter in der EU nehmen: die beiden Präsidenten der Kommission und – zumindest indirekt – auch des Parlaments.

Wenn es heißt, „die“ EU habe etwas beschlossen – wer ist das dann eigentlich?

Die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten kommen mindestens viermal im Jahr zu ihren Gipfeltreffen zusammen, konkrete Entscheidungen über die europäische Alltagspolitik aber treffen sie da nicht. Ihre Ergebnisse stellen sie deshalb auch lediglich in einem Dokument zusammen, das sich „Schlussfolgerungen“ nennt und eine Art Leitlinie für die konkrete Gesetzesarbeit darstellt. Die wird von den anderen drei Institutionen geleistet. Vereinfacht gesagt: Die EU-Kommission erstellt einen Vorschlag, die Vertreter der Mitgliedstaaten beschließen im Ministerrat, das Europäische Parlament entscheidet. Doch im Alltag sind die Instrumente sehr viel feiner abgestimmt, beispielsweise um sicherzustellen, dass die großen Mitgliedstaaten nicht die kleinen gängeln – oder die Kleinen sich zusammenschließen, um einen Großen über den Tisch zu ziehen. dd/dpa

Polen

Bulgarien

Bulgarien steht unter strenger Beobachtung durch die EU. Nach wie rügt die Union Defizite bei der Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption. In der Ukraine-Krise hat Sofia allerdings seinen Kurs geändert, weil man sich von der russischen Seite bedroht fühlt. Seither sucht der parteilose Regierungschef, der von den Sozialisten getragen wird, mehr Anschluss an die europäischen Partner. Das Land gilt als instabil.

Litauen

Litauen gehört ebenfalls zu den aufstrebenden Wirtschaften dieser Region. Inzwischen ringt das Land aber mit wachsenden sozialen Problemen. Kapitalkräftige Oligarchen und verarmte Bevölkerungsteile leben nebeneinander. In der EU gehört Litauen zu den Vertretern strikter Auflagen für Schuldenstaaten. Man verweist gern auf die eigenen Leistungen beim Wiederaufbau der einstigen Sowjetrepublik. Litauen hat sich trotz klarer Westbindung immer für enge Kontakte zu Russland ausgesprochen.

Slowakei

Die Slowakei gehört zu den fünf am stärksten wachsenden Wirtschaftsregionen der EU. Große Probleme bereiten die sozialen Gegensätze zwischen dem reichen Bratislava und den armen ländlichen Regionen. Die sozialdemokratische Regierung bemüht sich zwar um Stabilität und nachhaltige Projekte aus EU-Geldern. Derzeit aber profitiert man vor allem davon, dass man wachstumskräftige Nachbarn hat.

Slowenien kann mit vielen Widersprüchen aufwarten. Hohe Arbeitslosigkeit, aber kräftiges Wachstum, starker Export (auch nach Deutschland), aber eine massive Bankenkrise. Noch ist nicht absehbar, ob es die Regierungschefin, die eine Große Koalition führt, schafft, ohne Zuflucht unter den Rettungsschirm zu überleben. Massive Kürzungen im öffentlichen Bereich sind beschlossen worden. Probleme bereitet aber die nach wie vor massive Lenkung der Wirtschaft durch den Staat.